Ge mäß § 26 des Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetzes Nordrhein Westfalen (BHKG) sind Gebäude, Betriebe und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder bedeutende Sachwerte gefährdet werden können, im Hinblick auf die Belange des Brandschutzes zu überprüfen.

Diese Überprüfung erfolgt durch Brandverhütungsschauen.

Ge m Abs. 2 der genannten Vorschrift ist die Brandverhütungsschau eine Aufgabe der Gemeinde. Kreisangehörige Gemeinden können jedoch die Wahrnehmung der Aufgabe der Brandverhütungsschau durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit auf den Kreis übertragen.

Die Aufgaben der Brandverhütungsschau werden bisher von Brandschutztechnikern des Oberbergischen Kreises wahrgenommen. An dieser Vorgehensweise soll festgehalten werden.

Ge mäß der Präambel der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Bergneustadt und Entgelte für sonstige brandschutztechnische Leistungen hat die Stadt Bergneustadt durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung dem Oberbergischen Kreis die Durchführung von Brandverhütungsschauen nach § 26 BHKG und das Recht zur Erhebung von Gebühren für die Brandverhütungsschau nach § 52 Abs. 5 Satz 1 BHKG und Entgelte nach § 52 Abs. 5 Satz 2 BHKG mandatierend übertragen.

Insofern bedingt der Beschluss über die Satzung eines Beschlusses bezüglich der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.